

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **16 (1936-1937)**

Heft 10

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wir müssen uns langsam wieder an den Gedanken gewöhnen, daß Person der Gemeinschaft gegenüber nichts Minderwertiges darstellt, das Gegenteil ist der Fall, Gemeinschaft ist nur organisierte Personlichkeit, ob sie nun durch das Schaffen der Natur (Familie) oder durch menschliches Ingenium (Staat) hervorgebracht ist.

Aus dem Gesagten möchte man versucht sein zu schließen, in einer Demokratie wie der schweizerischen sei die Gefahr der ausschließlichen Daseinsfürsorge in der Organisation besonders groß. Das braucht jedoch nicht tatsächlich so zu sein, hat doch unser Land je und je Staatsmänner von Format und personaler Tiefe hervorgebracht und wird in dieser Hinsicht auch für die Folge nicht steril geworden sein. Allerdings ist nicht zu leugnen, daß die Einflüsse gewisser politischer Parteien und Organisationen die Geltung der Persönlichkeit auch bei uns stark zurückgedrängt haben und dafür Apparat und sonstige unpersönliche Scheinwerte auf den Schild erheben. Dieser bedenklichen Entwicklung muß unbedingt gesteuert werden, wenn wir nicht sicherem Verderben anheimfallen wollen. Wir brauchen gerade in unserm vielgestaltigen Gemeinwesen Männer, Persönlichkeiten, die etwas Eigenständiges zu vertreten haben und sich getrauen, mehr zu sein als bloße Sprachröhren eigennütziger Parteien und Organisationen. Persönlichkeit ist nie notwendiger, als wenn Organisation zu versagen droht, und das ist zur Zeit auch bei uns der Fall.

(Schluß folgt.)

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Um die Richtlinien.

Am 31. Januar findet in Zürich der Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz statt, der unter anderem zu den „Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie“ Stellung nehmen soll. Diese Richtlinien haben, obwohl die ganze Bewegung sich noch durchaus im Anfangsstadium befindet, bereits ihre interessante Geschichte. Die Koalition, welche am 2. Juni 1935 in der Abstimmung über die Kriseninitiative unterlag, hat nichtsdestoweniger ihre weitgesteckten Ziele keinen Augenblick aufgegeben. Es war jene Koalition, die man damals als „Front der Arbeit“ bezeichnet hatte, und die außer der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften alle jene Gruppen umfaßte, die man, seien sie nun politisch oder fachlich organisiert, als linksbürgerlich zu bezeichnen pflegt. Auch die im Grunde ziemlich offenkundige Niederlage, welche — nehmt alles nur in allem — dieser „Front der Arbeit“ bei den Wahlen zum Nationalrat vom 27. Oktober 1935 beschieden war, hat diese Koalition keineswegs gehindert, den Kampf um die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Auffassung und damit um die Erhaltung der politischen Macht weiterzuführen. Man wird sich bei der Betrachtung dieser Gruppenbildung und der aus ihr her-

vorgegangenen sogenannten „Richtlinienbewegung“ nicht darüber täuschen, daß hier ein politisches Machtinstrument geschaffen wurde, und mögen die Glieder der Koalition ihre Bewegung noch so sehr wirtschaftlich verkleiden. Gerade der Bundesrat selbst und seine und der Mehrheit des Parlaments offenkundige Unfähigkeit, die wirtschaftlichen Dinge zu meistern, hat dieser „Front der Arbeit“ die Waffe in die Hand gegeben und ihr das Kleid bereitgelegt, in dem sie sich am ehesten ansprechend und so mit Erfolg dem Volke vorstellen konnte.

Als am 26. September 1936 die Abwertung des Schweizerfrankens erfolgte, war, wenigstens gesinnungsmäßig, bei dieser Front alles zum Handeln bereit. Und die infolge eigenen Verschuldens von Bundesrat und Parlament einfach notwendig gewordene *Abwertung* erleichterte naturgemäß dieser neuen Front die Agitation ganz beträchtlich. In ihrem Sinne arbeiteten schon bei der ersten parlamentarischen Debatte nach dem 26. September verschiedene Anträge, die von vornherein die Absicht verfolgten, die erfolgte Abwertung im Sinne einer inflatorischen Maßnahme auszubauen und so endgültig die bisherige sogenannte „Deflationspolitik“, die in Wahrheit überhaupt nie durchgeführt worden war, zu ersetzen. Aus diesen Motiven heraus erfolgte der Antrag, den Abwertungsgewinn der Nationalbank zu Gunsten einer großzügigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zu verwenden. Daß die Ablehnung dieses und ähnlicher Anträge ihre Urheber keineswegs abschreckte, auf der einmal eingeschlagenen Linie weiterzufahren, zeigte sich binnen kurzem.

So erfolgte noch im Herbst des Jahres 1936 die Proklamation der Richtlinien. Unter den Parteien und Verbänden aber, die an ihrer Wiege zu ihnen sich bekannten, fehlte bemerkenswerterweise ein sehr teures Haupt; denn vergeblich suchte der interessierte Beobachter unter ihnen die sozialdemokratische Partei der Schweiz. Man blieb also dabei, die ganze Angelegenheit vorwiegend wirtschaftlich aufziehen zu lassen; der Grund dafür war eben der, daß man durch die Gewerkschaften einestheils dabei war, andererseits aber politisch vollkommen freie Hand hatte. Hier wurde nun ein ganz offensichtliches Doppelspiel getrieben. Man wird bei diesen Richtlinien nie übersehen, daß ihr vorwiegend politischer Gehalt die Aufrichtung einer schweizerischen Volksfront ist und die Sozialdemokratie hielt sich anfänglich als Partei deswegen im Hintergrund, damit die Bewegung umso unbelasteter mit den in Aussicht genommenen Koalitionsgenossen verhandeln könne.

Inzwischen aber, und befördert durch diese Verhandlungen, die mit verschiedenen bürgerlichen Gruppen mehr oder weniger erfolgreich geführt wurden, kam man dazu, den ursprünglichen Entwurf der Richtlinien in verschiedenen Punkten abzuändern, sodaß diese heute im ganzen ein ziemlich harmloses wirtschaftliches Bild darstellen. Soweit politische Punkte darin zum Ausdruck kommen, handelt es sich mehr oder weniger um Selbstverständlichkeiten, wie die vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie, die positive Einstellung zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung und die Achtung der religiösen Überzeugung der Volksgenossen.

Am 12. und 13. Dezember sprach sich in Marau der sozialdemokratische Parteivorstand mit allen gegen fünf Stimmen dahin aus, dem kommenden Parteitag die Annahme der Richtlinien zu empfehlen. Unter den fünf Ablehnenden ist in erster Linie die Gruppe um Nationalrat Schneider in Basel zu finden, die in der „Arbeiter-Zeitung“ von vorneherein den Kampf gegen die vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie und der Landesverteidigung aufgenommen hat. Man wird diesen Leuten, so sehr sie sich zu unsern Auffassungen diametral entgegengesetzt einstellen, das Zeugnis der Ehrlichkeit nicht versagen und zudem hat diese eindeutige Stellungnahme den großen Vorteil, daß man die Gegner sieht und so Gelegenheit hat, sie anzupacken. Weitläufiger aber ist jene überwiegende Mehrheit der Partei, die zwar den Richtlinien zustimmt, im übrigen aber die Politik der Sozialdemokratie durchaus offen lassen will. In diesem Punkt hat Nationalrat Dr. Feldmann mit Recht darauf hingewiesen, daß eine neue Politik sich auf Un-

ehrlichkeit und Zweideutigkeit nicht aufbauen lasse — gerade das aber ist es, was die führenden Männer der Partei wollen. Sie haben die Gewerkschaften vorgeschickt, um das politische Spiel wirtschaftlich zu drapieren und sie sind bereit, die Partei zu den Richtlinien zu führen, nachdem das Terrain entsprechend vorbereitet ist — aber sie werden auf der andern Seite das Spiel Nicole's und seiner Gruppe mit den Kommunisten keineswegs abstellen und möchten gerne, daß ihre bürgerlichen Koalitionsteilhaber das Auge vor diesem Januskopf verschließen und seine Fragen nicht sehen möchten. Soweit allerdings die Bauernheimatbewegung des Herrn Müller und die schweizerischen Angestelltenverbände des Herrn Schmid-Rüedin in Frage kommen, dürfte das Spiel gelingen; die übrigen bürgerlichen Gruppen aber, ohne deren mehrheitliche Beteiligung die Richtlinienbewegung niemals die erforderliche Mehrheit zur Portierung eines oder zweier sozialdemokratischer Bundesräte erreichen wird — und das ist ja das eigentliche Ziel — haben sich bis heute durchaus geweigert, auf das Spiel hereinzufallen. Man kann nur hoffen, daß dies so bleibt!

Jedenfalls wird man den Verlauf des Parteitages vom 31. Januar mit Interesse beobachten. Wollte die Führerschaft der Sozialdemokratie wirklich eine ehrliche Politik im Sinne einer vorbehaltlosen Stützung der Demokratie und der Landesverteidigung betreiben, so bliebe ihr kein anderer Weg, als das Parteivolk nach erfolgter Zustimmung zu den Richtlinien zum Hinauswurf der Herren Nicole, Schneider und aller derer zu veranlassen, die Ruffenstiefel tragen oder zum mindesten die Schläcken der Diktatur des Proletariates noch an den Schuhen haben. Wir zweifeln nicht daran, daß die Herren Klöti und Dprecht dieser Entscheidung ausweichen werden. Sie mögen damit die Masse ihres Parteivolkes vielleicht beruhigen — für das Bürgertum aber wird die so aufrechterhaltene Unklarheit wenigstens völlige Klarheit im Negativen bedeuten. Möchte es dann aber auch die Folgerungen ziehen!

Die K o m m u n i s t e n, denen Stalin nachgerade eine gewisse Nase für politische Möglichkeiten und Gefahren angesetzt zu haben scheint, bemühten sich in einem weinerlich-schwülstigen Aufruf, den Parteitag der Sozialdemokraten zur Aufnahme ihrer Partei in die Volksfront zu veranlassen. Die kommunistische Partei habe doch auch ihre Zustimmung zu den Richtlinien gegeben, die Genossen zur Rechten möchten doch ja nicht dem „Block der Mitte“ verfallen und dem Druck der reformistischen Gewerkschaftsführer erliegen, heißt es in dem tränenreichen Elaborat. Die Sozialdemokratie wird auf dieses Geschrei nicht hören, sondern bei ihrer Empfehlung bleiben, die kommunistische Partei möchte den einzigen und einfachsten Weg wählen, nämlich sich selbst auflösen und so die ersehnte Einheitsfront auf vereinfachte Weise herstellen!

So sehr nun auf der einen Seite damit gerechnet werden muß, daß die sozialdemokratische Führerspitze im Falle eines Beitrittes zu den Richtlinien die Konsequenzen gegenüber dem linken Flügel der Partei nicht zieht, so besteht anderseits die Möglichkeit, daß die extreme Einstellung der Herren Nicole und Schneider von dieser Seite aus zu einer Parteispaltung führt. Damit würde sich das Bild nach einer u. U. ungünstigen Seite verschieben. Gewiß wäre damit Klarheit geschaffen, aber die Gefahr besteht, daß in diesem Fall der starke reformistische Flügel der Sozialdemokratie, nach Trennung von der revolutionären Gruppe, verschiedenen bürgerlichen Parteien koalitionsfähig erschiene, die bis heute der Richtlinienbewegung ablehnend gegenüberstehen.

Wir meinen dabei nicht die K o n s e r v a t i v e n. Nach zuverlässigen Informationen kann damit gerechnet werden, daß auch der christlichsoziale Flügel der Partei den Sirenenklängen derer von links nicht erliegen wird. Uns wurde von einer diesem Flügel nahestehenden Seite versichert, daß die Spuren, die die Politik des preußischen (und Reichs-) Zentrums zurückgelassen haben, einen tiefsitzenden Schrecken in die Glieder unserer schweizerischen Christlichsozialen gesenkt hätten und es scheint, daß sich ein schweizerischer Stegerwald so bald nicht finden wird.

Anders allerdings steht es beim Freisinn, dessen demokratischer Flügel durch den Anschluß der Verbände um Schmid-Rüedlin bereits den Richtlinien verhaftet ist. Zudem ist die Kurslosigkeit auch auf dem rechten Flügel dieser Partei bereits so groß geworden, daß von dieser Seite gefährliche Wendungen zu erwarten sind.

Nicht ganz einfach ist auch die Stellung der bauerlichen Stammpartei. Ihre politische Position ist durch das Ausscheiden und die konstante und erfolgreiche Agitation der Bauernheimatbewegung doch nicht unerheblich geschwächt und in verschiedenen kantonalen Gruppen kriselt es bedenklich. Zudem zieht die Gruppe des Herrn Schmid-Amman, die inzwischen auf schaffhauferischem Boden die Volksfront in die Praxis umgesetzt hat, mit Macht nach der linken Seite und wer weiß, ob die zweifellos starken gutgesinnten Kräfte in der Partei bei weiterer Schwächung ihrer Organisation sich durchzusetzen vermögen.

Vorerst jedenfalls ist das Ergebnis des sozialdemokratischen Parteitages vom 31. Januar abzuwarten. Doch mag nun die Entscheidung nicht nur positiv für die Richtlinien, sondern auch im Sinne einer Absonderung des linken Parteiflügels fallen, so möchte man doch hoffen, daß auch dann die immerhin heute noch starken Vertreter einer bürgerlichen und wirklich vaterländischen Koalitionspolitik in den Reihen des Freisinns und der Bauern die Oberhand behalten. Oder ist man wirklich verblendet genug, angesichts von Beispielen, deren abschreckende Wirkung eigentlich kaum mehr zu überbieten ist, doch den Weg der Volksfront zu gehen und damit letzten Endes den Keim zu einer Entwicklung zu legen, in deren Verlauf eine Reaktion erkennbar sich erhebt, unter deren Schlägen nicht nur die Volksfront, sondern die schweizerische Demokratie zusammenbrechen müßte?

Basel, 19. Januar 1937.

Jann v. Sprecher.

Zur politischen Lage.

Intervenierende Nichtintervenienten / Bleibender Status am Mittelmeer. / Die panamerikanische Konferenz.

Es mag da Einer einen ganzen Monat lang Zeitungsberichte über die Nicht-einmischung der Mächte in den spanischen Bürgerkrieg gelesen haben, so weiß er doch heute fast genau gleich viel wie vorher. In dieser Sache ist es wieder einmal besonders deutlich geworden, wie viel leeres Stroh in den Zeitungen gedroschen wird. Während die Spalten tagtäglich mit langatmigen Berichten über die Nichtintervention gefüllt waren, läßt sich das faktisch Geschehene in einigen wenigen Zeilen zusammenfassen. Alles übrige, was geschrieben wurde, setzt sich aus Vermutungen, Zwischen- und Vorurteilen, politischem Klatsch und Prophezeiungen zusammen, die zu erfahren niemals einen Sinn hatte. Aber die Welt geht ja immer so sehr auf das Neue aus, daß sie auch Gleichgültigkeiten mit ständiger Eier verschlingt.

Mit der Nichtintervention ist es tatsächlich auch heute noch nicht weit her. So viel davon geredet wird, so wenig wird dafür getan. Uns will fast scheinen, es sei keiner Macht so ganz ernst bei der Sache und jede wolle eigentlich nur die Nichtintervention der andern. Ausnahmslos sind sich England und Frankreich, Deutschland und Italien, ja sogar Rußland darin einig, daß man sich in den spanischen Bürgerkrieg nicht einmischen sollte, aber vorderhand besteht die Beschäftigung eines jeden dieser Nichtinterventionsfreunde darin, daß sie nach Notizen intervenieren. Es mögen dabei allerlei Gedanken mitspielen: Das Interesse am Obliegen der Roten oder der Nationalisten, die Aussicht, selber ein Stück Beute einheimen zu können, die Solidarität der Weltanschauung, die Kriegslust, der

Wunsch, Geschäfte zu machen, das Bedürfnis der Versorgung Arbeitsloser usw. Das letzte Mal war in dieser Rundschau schon die Rede von einer britisch-französischen Aktion gegen die Einmischung der Mächte. Zu Weihnachten hat sich dann eine britische Note — das Nichtinterventionskomitee übergehend — bestimmt gegen die Entsendung von Freiwilligen gewendet. Deutschland und Italien jedoch verbanden in ihren Antworten mit ihrer Zustimmung das Begehren auf integrale Nichteinmischung, worunter sie auch das Verbot der indirekten Einmischung durch finanzielle Unterstützung und dergleichen verstehen. Von jeher waren überhaupt diese beiden Staaten für eine vollständige Unterbindung jeglicher Hilfe eingetreten, und die Erfahrung hat ihnen gegenüber England, welches nur ein Verbot für Kriegsmaterial aufstellen wollte, recht gegeben. Da eine Einigung nicht zustande kam, sondern nur das grundsätzliche Einverständnis der Mächte zur Nichtintervention erhältlich war, forderte England diese auf, in allen Staaten eigene Maßnahmen durchzuführen. Prompt hat darauf die französische Kammer Mitte Januar einstimmig ein Gesetz gegen die Teilnahme von Freiwilligen akzeptiert. Es tritt allerdings erst in Kraft, wenn auch die andern Staaten solche Gesetze erlassen haben. So schön also diese Geste ist, so wenig läßt sich damit anfangen, ja trotz dieser schönen Geste hat Frankreich heute noch Tür und Tor offen, um die spanischen Roten zu unterstützen. Je weiter sich aber die Mächte in Spanien bereits engagiert haben, um so schwerer wird ihnen der Rückzug fallen. Unter diesem Gesichtspunkte dürfte jedenfalls ein Rückgängigmachen der bisherigen Unterstützungen nicht mehr in Betracht kommen; eher dürfte noch der englische Plan, rings um Spanien einen Polizeikordon einzurichten, Erfolg haben, womit dann wenigstens eine weitere Intervention verunmöglicht wäre.

Schon heute besteht rings um Spanien ein Überwachungsgürtel, dessen Funktionen nicht nur die Kriegführenden selber, sondern auch die intervenierenden „Nicht-intervenienten“ mit ihren Kriegsschiffen besorgen. Die gegenseitige Überwachung hatte bereits zur Folge, daß der mit Kriegsmaterial beladene deutsche Dampfer „Palos“ von der spanischen Regierung beschlagnahmt wurde und andererseits die demonstrierende deutsche Flotte zwei spanische Schiffe aufbrachte, um sie nach einem Ultimatum zu „verwerten“. Wie auf dem Meere alles aufeinander lauert, so stehen sich im Innern des Landes die Gegner mit ihren Helfern aus aller Welt hartnäckig einander gegenüber. Es wird verbissen gekämpft. Die um Weihnachten von Franco eröffnete Offensive gegen Madrid führte zu keiner Entscheidung; ebensowenig die Schlacht vom 10. Januar, anlässlich welcher die Zivilbevölkerung die Hauptstadt räumen mußte. Es scheint, als ob auf Seiten Francos wirklich militärische Schwäche und auf Seite der Roten wirklich eine erhebliche Machtverstärkung vorliege. Unter diesen Umständen geht der Bürgerkrieg mit der gewohnten Schrecklichkeit weiter, und niemand mehr wagt es so recht im Ernst, zwischen den Parteien den Frieden zu vermitteln.

* * *

Um die Jahreswende herrschte in Frankreich große Aufregung. Deutsche Truppen, so hieß es, seien in Spanisch-Marokko an Land gegangen, und hätten sich der Eisenerzgruben im Rif bemächtigt. Außerdem schickten sich die Nationalisten an, für die Deutschen dort Kasernen zu bauen. Da wies natürlich Frankreich sofort den französisch-spanischen Vertrag über Marokko vor und betonte, daß Spanien dort keine fremden Truppen zulassen dürfe. Dem französischen Protest stellte Berlin eine Bestreitung gegenüber; es seien keine deutschen „Truppen“ in Marokko. Wir können nicht untersuchen, ob bloß „harmlose Ingenieure“ aus Deutschland in Marokko Platz genommen haben. Offenbar handelte es sich aber tatsächlich nicht um eine böswärtige Handlung, denn kaum hatte Hitler erklärt, daß er keine Verletzung der Unversehrtheit Spaniens beabsichtige, so war die Sache schon wieder gut.

Dieser Vorfall zeigt, wie nervös man in Frankreich geworden ist, seit Deutschland seine Kolonialansprüche geltend macht. Im besonderen aber geht daraus auch hervor, wie fest Frankreich an dem *Status quo des Mittelmeeres* festhält. Eigentlich leben alle die Mittelmeerstaaten in der beständigen Furcht, es könnte sich irgend eine Besitzverschiebung ereignen. So ganz abwegig sind solche Befürchtungen allerdings nicht, denn wenn ein Land wie Spanien derart aus den Fugen geht, so liegt der Gedanke ziemlich nahe, es möchte sich dieser oder jener ländergierige Nachbar noch ein Stück davon zur Erinnerung holen. Lange Zeit meinte man z. B., daß sich Italien der Balearen-Inseln bemächtigen wolle. Diese Befürchtung ist nun aber zunichte geworden durch die Zusicherung Italiens gegenüber England, daß ihm eine Verletzung der Integrität Spaniens fern liege. Überhaupt sind durch das kürzlich abgeschlossene englisch-italienische Mittelmeerabkommen viele Unklarheiten und Schwierigkeiten behoben worden. Man erinnert sich ja an die gewaltigen Differenzen, welche die beiden Mächte während des abessinischen Krieges vom letzten Jahr bewegten und beinahe zu einem bewaffneten Konflikt geführt hätten. England sah eben in Italien einen Rivalen aufkommen, der sich seinem meerebeherrschenden Geiste ungeniert entgegenstellte. Es mußte sich zuerst daran gewöhnen, daß es nicht mehr allein Beherrscher des Mittelmeeres sei. Durch das erwähnte Mittelmeerabkommen hat es nun faktisch auf seine Vormachtstellung im Mittelmeer verzichtet und sich Italien im Range gleichgestellt. Die Parteien versprechen sich gegenseitig die Freiheit ihrer Bewegungen im Mittelmeer, erklären in territorialer Hinsicht den *Status quo* beibehalten zu wollen und die beidseitigen Rechte zu achten. Als die Welt diese Einigung vernahm, atmete sie wieder etwas auf, weil damit ein mutiger Schritt zum Frieden getan worden ist.

* * *

An der panamerikanischen Konferenz, zu der am 1. Dezember des letzten Jahres die Vertreter der 21 amerikanischen Republiken in Buenos Aires zusammentraten, hat auch der neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten, Franklin Roosevelt, teilgenommen. Er ist der Schöpfer und Träger einer neuen Politik der nordamerikanischen Union. Hatte diese bis anhin der Monroedoktrin von der eigenen „Haus“-Politik Amerikas und einem gewissen Imperialismus gehuldigt, so bekannte sich Roosevelt seit seinem Amtsantritt zu einer „Politik des guten Nachbarn“, welcher den andern achtet und die Verträge respektiert. Das Thema der Eröffnungsrede des Präsidenten lautete dahin, man müsse den Frieden in einen Dauerzustand verwandeln durch wirksame Maßnahmen gegen die Wiederkehr des Krieges. Im Gegensatz zu den ständigen Angriffen Hitlers und Mussolinis auf die demokratische Staatsform bezeichnete er die Stärkung des demokratischen Gedankens in der Welt als das sicherste und wirksamste Mittel gegen den Krieg, und sparte seinerseits nicht mit Bemängelungen der Diktaturen und ihres Kriegsgeistes. Die Konferenz hat dann auch drei Abkommen unterzeichnet: Zwei davon regeln die Friedenssicherungen durch gemeinsame Beratungen, das dritte bezeichnet jede direkte oder indirekte fremde Einmischung in die Angelegenheiten eines amerikanischen Staates als eine Bedrohung aller. Die Vereinigten Staaten haben damit ihren Vorherrschaftsanspruch endlich preisgegeben. Allerdings hatten sie gehofft, daß es möglich sein werde, eine Art amerikanischen Völkerbundes zu schaffen. Allein Argentinien und andere Völkerbundsstaaten zeigten sich ihrer Bindung an Genf bewußt. Sie gingen deshalb das Verbot jeder Waffen- und Nahrungsmittelzufuhr und jeder Kreditgewährung an kriegsführende Mächte nicht ein, sondern sorgten dafür, daß jeder Staat die letzte Entscheidung selber treffen könne. In Buenos Aires ist demnach wohl eine weitgehende Friedenssicherung, nicht aber eine politische Abschießung Amerikas von der übrigen Welt zustande gekommen.

Büla ch, am 20. Januar 1937.

Walter Hildebrandt.

Französischer Brief.

Das alte Jahr schloß und das neue begann in Frankreich mit einer optimistischen Note. Der erneut „rollende“ Franken, die verstärkten Eß- und Trinkgelage an den beiden „Réveillons“, Weihnachten und Silvester, der ganze ungewöhnliche Trubel im Verlaufe des „Zuckerbäckerfriedens“ hatte in weiten Kreisen eine zuversichtliche Stimmung erzeugt, die natürlich in den Neujahrstagsansprachen der Minister ihren Niederschlag fand. Die regierungsfreundliche Presse veröffentlichte Ziffern, aus denen hervorgehen soll, daß die Wirtschaft angekurbelt, die Krise zu Ende, die „reprise“ zur Tatsache geworden sei. Wenig fehlt, und wir sind zu der vielverspotteten „Prosperité“ André Tardieus zurückgekehrt. Wohl meinte der Ministerpräsident Léon Blum einschränkend, die Regierung habe einen Wechsel auf die Zukunft gezogen: aber Wechsel sind so gut wie Bargeld, wenn über deren Einlösung kein Zweifel besteht. Eben diese Zweifel suchen die veröffentlichten „Prosperitätsziffern“ zu zerstreuen. Geben wir ein paar Stichproben:

Die Gesamteinnahmen der französischen Eisenbahnen erreichten in der letzten Dezemberwoche 206 163 000 Franken, 35 428 000 Franken mehr als in der gleichen Woche des Vorjahres; an diesem Mehr sind die Einnahmen aus dem Personenverkehr mit 10 444 000 Franken oder 19,51 %, die Einnahmen aus dem Güterverkehr mit 24 984 000 Franken oder 21,31 % beteiligt. Die Durchschnittseinnahme pro Kilometer betrug in der 52. Woche 1936 4847 Franken, gegen nur 4015 Franken in der entsprechenden Woche 1935. Durch dieses Mehr, das seit fünf Monaten steigende Ziffern aufweist, konnte zum ersten Mal seit 1928 verhindert werden, daß der Fehlbetrag der französischen Einnahmen stärker war als jeweils im Vorjahr; während das Gesamtdefizit der französischen Neze heute die gewaltige Summe von 33 Milliarden Franken erreicht, bezifferte sich der Fehlbetrag für 1935 auf 4 Milliarden 400 Millionen, und für 1936 auf „bloß“ 4 Milliarden 250 Millionen. — Der Gesamtindex der französischen Erzeugung stieg von August bis November um 7 v. H. Die Produktion von Gußeisen erhöhte sich um 19 v. H., die von Stahl um 22 v. H., die der Automobile um 32 v. H. Am 9. Januar 1937 betrug die Gesamtziffer der von öffentlichen Kassen unterstützten Arbeitslosen 420 500, gegen 462 700 an dem gleichen Tage des Vorjahres; also eine Abnahme von rund 42 800 oder 9,2 %. Die Zahl der geförderten Eisenbahnwagen ist um mehrere Prozent höher als im Dezember 1935, die Umsatzziffern sind stark im Ansteigen, die Warenhäuser machen „Bombengeschäfte“ und haben den Ausfall durch die verlängerte Streikbewegung im Juni/Juli längst eingeholt. Kurz und gut: es weht eine andere Luft über ganz Frankreich, neues Leben ist an die Stelle des früheren Marasmus, der allgemeinen, fortschreitenden Lähmung getreten.

Das ist die eine Seite der Medaille. Hören wir nun die Kritiker, die bei weitem nicht alle außerhalb der „Volksfront“ stehen.

Der „rollende Franken“ wird von ihnen nicht geleugnet, ebensowenig die „Reprise“, und am allerwenigsten die „Orgien“ an den Festtagen, die übrigens von den Sozialisten und Kommunisten nicht scharf genug gegeißelt werden konnten, als die Gegenpartei am Ruder war. („Orgien“ sind das Vergnügen der anderen, jagt irgend ein Spötter.) Die einzige Frage, die man sich ehrlicherweise bei alledem stellen muß, ist die: Welchen Charakter trägt diese scheinbare oder tatsächliche Neubelebung der französischen Wirtschaft? Der „rollende Franken“ kann nämlich sehr wohl ein Beweis dafür sein, daß man kein Vertrauen in die Zukunft hat; bei der bekannten Denkweise der Franzosen liegt dieser Schluß sogar viel näher als irgend ein anderer. Es ist immer ein übles Zeichen, wenn der Franzose leichtsinnig Geld ausgibt; denn die Sparsamkeit ist ihm sozusagen zur zweiten Natur geworden. Verleugnet er dieses zweite Ich, so müssen dafür ganz schwerwiegende Gründe vorhanden sein. Kurz und gut: Man fürchtet eine zweite Abwertung und sucht zu retten, was zu retten ist. Darum feiert der Durchschnitts-

franzose „Orgien“, darum legt er sein Geld in Verbrauchswerten an wie Champagner, Truthühner, Bonbonnièren und dergleichen. Der Kaufmann weiß, daß Preissteigerungen vor der Türe stehen und deckt sich ein, soviel ihm seine flüssigen Mittel gestatten. Der Rentner zieht zum ersten Mal in seinem Leben Sachwerte vor und kauft, was zu kaufen ist. Wir brauchen die Vorgänge nicht weiter zu beschreiben. Sie sind aus allen Inflationsländern bekannt. Eine „versteckte Panik“ ist sicherlich das Gegenteil von „Ankurbelung“ und wirtschaftlicher Neubelebung.

Die *D e v a l v a t i o n* erweist sich in Frankreich als ein F e h l s c h l a g, weil die erwarteten günstigen Folgen ausgeblieben sind: Hausse der Großhandelspreise bei gleichzeitiger Stabilisierung der Kleinhandelspreise, so daß eine genügende Gewinnspanne bleibt, die der gesamten Wirtschaft einen neuen Antrieb gibt und die Ausfuhr fördert; frische Kapitalien fließen herbei, der Unternehmungsgeist erwacht, der Kredit taut auf, eine Welle des Vertrauens geht über das ganze Land. Von alledem ist in Frankreich zurzeit noch nichts oder doch nur sehr wenig — und das Wenige ist recht zweideutiger Natur — zu spüren. Die G r ü n d e dafür sind oft genug dargetan worden, wir brauchen nicht weiter darauf zurückzukommen: sie sind ebenso sehr politischer wie finanzieller, sozialer und wirtschaftlicher Natur, und aufs engste mit dem gegenwärtigen Volksfrontkurs verbunden. Auf einer Affische, die nach dem Stabilisierungsgesetz alle Mauern Frankreichs bedeckte und die Unterschriften des Wirtschaftsministers *C h a r l e s S p i n a s s e* und des Innenministers *M a r y D o r m o y* trug, konnte man die bezeichnenden Sätze lesen: „Das Währungsgesetz vom 1. Oktober wird der Beginn eines Zeitalters des Wohlstands und des wirtschaftlichen Aufschwungs bezeichnen; aber nur dann, wenn die P r e i s e verhältnismäßig s t a b i l bleiben. Es gibt übrigens keinerlei Gründe dafür, daß sie e s n i c h t bleiben!“

Drei Monate später mußte der gleiche Wirtschaftsminister Spinasse zugeben, daß die Kleinhandelspreise um 20 v. H. gestiegen sind; mit anderen Worten, der *R e a l l o h n* des französischen Arbeiters ist seit der Abwertung um 20 v. H. gesunken, und es eröffnet sich nunmehr der „infernalische Kreislauf“, wo die Löhne immer hinter der Preissteigerung her sind. Es kann in einem Abwertungs- und Inflationsland keine größere Gefahr geben als eben diese: sie führt notgedrungen zu neuen Währungsexperimenten und schließlich zum Ruin, wenn nicht rechtzeitig Halt geboten wird. Der Wirtschaftsminister Spinasse ist sehr optimistisch, wenn er sagt: Natürlich müssen nunmehr die Löhne wiederum aufgebessert werden. Aber die Lebenshaltung wird sich noch weiter verteuern; eine neue Lohnerhöhung wird die Folge sein. „Der Abstand zwischen den Preisen und den Löhnen wird immer kleiner, bis er schließlich ganz verschwindet; dann ist die endgültige Angleichung vollzogen.“ Die Erfahrung in allen Ländern hat gezeigt, daß die Entwicklung ganz anders ist. In dem Wettlauf zwischen den Löhnen und den Preisen geht es genau so wie bei den Tieren des griechischen Philosophen: die einen laufen immer schneller, da sie durch die anderen fortwährend getrieben werden. Um den Abstand nach Möglichkeit zu verringern, fordern die französischen Arbeiterverbände seit längerer Zeit die g l e i t e n d e L o h n s k a l a, die erfahrungsgemäß den denkbar stärksten Antrieb zu fortwährenden Preiserhöhungen darstellt. Der sozialistische „Populaire“ erklärt, sämtliche Statistiken über die Preisentwicklung und die Lebenskosten seien falsch, sie müßten durch neue Berechnungen ersetzt werden. Die Arbeiterverbände der Pariser Region, die am 5. Februar zu einem Kongreß zusammentreten, werden wahrscheinlich die Forderung aufstellen, daß „sämtliche Löhne in der Privatindustrie, im Handel und Verkehr, sämtliche Gehälter und Bezüge der Beamten und Angestellten um 20 v. H. erhöht werden“. Es fragt sich nun, wie diese neue, schwere Belastung für die französische Wirtschaft tragbar gestaltet werden kann? Der Wirtschaftsminister Spinasse meint zuversichtlich: die übrigen „Elemente“ der G e s t e h u n g s k o s t e n außer den Löhnen sollen verringert werden. Daran haben die französischen Erzeuger gewiß selber schon gedacht; die „Rationalisierung“ ist sicherlich keine Er-

findung des Ministers Spinasse. Vielleicht aber meint es Herr Spinasse ganz anders, wie aus den Schlußsätzen seiner letzten Rede hervorzugehen scheint: „Die wiederhergestellte Prosperität wird dem Lande Vertrauen in uns geben und das Prestige der Diktaturen vernichten. Der Weg wird dann frei sein, wir können weiter-schreiten — dem Sozialismus zu!“ Diese Taktik, das kapitalistische Wirtschaftssystem neu zu beleben, um es desto sicherer vernichten zu können, bezeichnete der Gewerkschaftsführer Léon Jouhaux einmal so: „Wir wollen das kapitalistische Huhn rupfen, ohne daß es schreit.“ Vorausgesetzt, daß das Huhn überhaupt noch Federn besitzt. Denn daß es mit der „Prosperität“ noch recht gute Weile hat, weiß niemand besser als die Franzosen selber. Den „optimistischen Ziffern“ der Minister können nämlich ebensoviele pessimistische Ziffern entgegengesetzt werden. Die Kohlenförderung zum Beispiel betrug im Oktober 1936 noch 4,3 Millionen Tonnen und sank im November (Einführung der 38-Stundenwoche) auf 3,5 Mill. To., gegen 4,1 Mill. To. im November 1935. Trotz der wirklichen oder angeblichen Produktionssteigerung, trotz der Einführung der Vierzigstundentwoche steigt die Arbeitslosenziffer in Frankreich seit November ziemlich regelmäßig: am 28. November betrug sie 407 830, am 12. Dezember 408 450, am 26. Dezember 410 785, am 2. Januar 413 450, am 9. Januar 420 500 und am 16. Januar 424 700. Wenn der Fehlbetrag der Eisenbahnen für das Jahr 1934 auf $4\frac{1}{4}$ Milliarden herabgemindert werden konnte, so ist das Defizit für 1937 mit der Rekordsumme von 6 Milliarden 400 Millionen in Rechnung gestellt, wegen der Einführung der Vierzigstundenwoche.

Die tatsächliche Lage in Frankreich ist, wie nach diesem Für und Wider betont sei, ziemlich unübersichtlich. Ein abschließendes Urteil erscheint jedenfalls noch nicht möglich. „Die Krise ist tot!“ behauptet der ehemalige Minister Bonnet, der eben zum außerordentlichen Botschafter Frankreichs in den Vereinigten Staaten ernannt wurde; er knüpft daran allerdings, was Frankreich angeht, die dreifache Bedingung: Ordnung im Innern, Frieden nach Außen und das Ende der Spekulation. Es gibt andere Leute genug, die genau das Gegenteil meinen: die Lage Frankreichs sei schlimmer denn je. So etwa erklärt der hervorragende belgische Sachverständige Professor Bauhuin: Das heutige Frankreich gehe dem Abgrund entgegen, es werde sich zwar wieder emporringen, denn kein großes Volk verübe Selbstmord; doch nur um den Preis größter Opfer. — Die Wahrheit liegt ohne Zweifel in der Mitte. Frankreich zieht Nutzen aus der allgemeinen weltwirtschaftlichen Entspannung, das Experiment Blum fällt in eine günstige Zeit, und die Fehlerernte des letzten Jahres bewirkte die so dringend notwendige Sanierung des Getreide- und Weinmarkts. Wenn auf dem Weltmarkt die hauptsächlichsten Preise für Rohstoffe folgende Aufwärtsbewegung zeigen: Getreide von 25 auf 52 Schilling, Kakao von 42 auf 67 Schilling, Wolle von 19 auf 30 Schilling, Kautschuk von 2,4 auf 10,7 Schilling, Kupfer von 28 auf 48 Schilling, Eisen von 58 auf 77 Schilling, Blei von 12 auf 29 Schilling, so erscheint eine wirtschaftliche „Ankurbelung“ auch auf dem innern Markt wesentlich erleichtert. Allerdings besteht dann auch die Gefahr, daß man nach einem alten französischen Spruch „Blasen mit Laternen verwechselt“, das heißt, durch äußere Einflüsse ganz grob in den Irrtum geführt wird. Von bleibendem, nationalen Wert kann nur die Besserung sein, die man durch geeignete Maßnahmen selber bewirkt, denn wie des Einzelnen Glück, so muß auch das Glück der Völker von ihnen selber geschmiedet werden. Die Volksfrontblätter weisen gerne auf das englische Lob hin, das in den letzten Wochen tatsächlich nicht gefehlt hat. Nur scheint diese Anerkennung den Beigeschmack einer größeren Finanzierung zu haben, die demnächst auf dem Londoner Markt unter- nommen werden soll; nach französischen Blättern soll die Anleihe 100 Millionen Pfund betragen.

Damit kommen wir zu dem wundensten Punkt: der französischen Finanzlage. Professor Jèze, der sicherlich nicht zu den sabotierenden „200 Familien“ gehört, fällt darüber ein vernichtendes Urteil, indem er schreibt: „Seit dem Monat

Juni sind die französischen Finanzen von *Visionären* geführt worden, die das Defizit zur Grundlage ihrer Politik gemacht haben. Der „bourrage de crâne“, die Schönfärberei und wissenschaftliche Irreführung der Massen, ist zu einer nationalen Einrichtung erhoben; sie arbeitet ununterbrochen durch den täglichen Rundfunk, durch offiziöse und offizielle Verlautbarungen, durch Ministerreden und so weiter.“ Zwar konnte das Budget rechtzeitig verabschiedet werden; aber jedermann ist sich darüber einig, daß ein solcher Voranschlag kaum noch den Namen eines geordneten Haushalts verdient. Die ironische Kritik André Tardieus erscheint nicht sehr übertrieben: „Von allen Budgets, die Frankreich in Friedenszeiten gekannt hat, weist dieses den größten Fehlbetrag auf: beträgt er doch 80 % des Gesamthaushalts! Die Kammer bewilligte 48 Milliarden Steuern in drei Stunden, macht 266 Millionen in der Minute. Die Ausgaben von neun Ministerien wurden in drei Sitzungen verabschiedet; wo bleibt da die ehemals von Léon Blum in so schönen Artikeln geforderte „parlamentarische Kontrolle“? Man hörte sogar von einem Minister, dessen Ressorthaushalt bewilligt wurde, während er in der „Buvette“ der Kammer weilte; als er spornstreichs herbeieilte, war alles schon erledigt. . .“ Man kennt die großen Nöte des französischen Schatzamts, das in der Hauptsache zur Bestreitung seiner Ausgaben auf die Banque de France angewiesen ist, das heißt auf die kaum verhüllte Inflation. Am 4. Dezember 1936 betrug der Posten in der Bilanz des Instituts, der die Bezeichnung „unverzinsliche Vorschüsse an den Staat“ trägt, erst 700 000 000; am 8. Jan. waren es 6 750 000 000, am 15. Jan. 7 300 000 000. Rechnet man die verschiedenen Posten „Guthaben der Bank zu Lasten des Staates“ zusammen, so erhält man den Betrag von 28 000 000 000; dabei sind die *indirekten* Staatsschulden bei der Bank, Rediskontierungen und Vorschüsse auf Staatspapiere nicht eingerechnet. Ein „Regent“ der Banque de France, Lemaigre-Dubreuil, meint sogar, die „Decke“ der Vorschüsse an den Staat sei durchstoßen, wie einst unter Herriot; außerdem sei es heute soweit gekommen, daß nicht mehr das Publikum, sondern die Bank die staatlichen Schatzbonds zeichnet oder erneuert. Jedenfalls ist gegenwärtig nicht abzusehen, auf welche Weise sich das französische Schatzamt die im Laufe des Jahres benötigten 30 oder 35 Milliarden beschaffen kann: denn die Steuereingänge können im besten Fall die regelrechten Ausgaben decken. Eine kurzfristige Anleihe in London erscheint sehr wohl möglich, wenn sie, wie die Vorschüsse im Februar 1936, durch das Gold der Bank von Frankreich garantiert wird: „Solange unser Gold reicht, haben wir Kredit!“ — schrieb ein Blatt mit zornigem Humor. Die Februarvorschüsse mußten tatsächlich in Goldbarren abgedeckt werden; aber solche Operationen gehören zu denen, die selbst von der Banque de France nicht allzuoft wiederholt werden dürfen. Man darf nicht vergessen, daß die Verteidigung des Poincaréfrankens im Jahre 1935 bereits 16 Milliarden Gold gekostet hat, und daß in den neun ersten Monaten des Jahres 1936, also bis zum Frankensturz, weitere 16 Milliarden abgegeben werden mußten. Am 25. September verfügte die Bank noch über 50 Milliarden „alte“ Franken in Gold, und es hieß damals, aus Gründen der nationalen Verteidigung habe der Kriegsminister Daladier erklärt, der Goldbestand Frankreichs dürfe nicht unter diesen Betrag sinken. Nun aber kommt der Finanzsachverständige des „Temps“, Frédéric Jenny, auf Grund eingehender Studien zu dem Ergebnis, daß die Bank trotz der Abwertung von Oktober bis Ende Dezember eher *Gold einbebußt* hat, so daß die Keller in der Rue de la Brillière heute nicht einmal mehr jenen Mindestbetrag bergen; man weiß, daß über die Höhe des „Stabilisierungsfonds“ keinerlei Ziffern veröffentlicht werden, die Finanzleute daher auf Berechnungen und Rückschlüsse angewiesen sind.

In der französischen *Jungenpolitik* ist seit dem „Zuckerbäckerfrieden“ verhältnismäßige Ruhe eingetreten, so daß sich die verschiedenen Minister, Léon Blum an der Spitze, ein paar Tage sonnigen Urlaub gönnen konnten. Seit der Beendigung des langen und wechselvollen Metallarbeiterstreiks im Norden — man erlebte im

Anschluß daran zum ersten Mal einen „Ingenieurstreik“ — ist die Ausstandsbewegung sozusagen völlig zum Stillstand gekommen; es gibt heute in ganz Frankreich kaum noch 3000 Streikende, weniger als in „normalen“ Zeiten. Ohne Zweifel hat neben der allgemeinen Streikmüdigkeit das neue obligatorische Schiedsverfahren zu diesem Arbeitsfrieden in starkem Maße beigetragen; aber auch die besondere Lage der politischen Parteien ist dabei gewiß nicht „unschuldig“. Wir denken vor allem an die Kommunisten, die aus verschiedenen Gründen alles Interesse daran haben, sich so „national“ wie nur möglich zu gebärden und jede Agitation zu vermeiden. Seit der „Kraftprobe“ im Dezember, wo durch ihre Enthaltung bei der Abstimmung über die Neutralität Frankreichs dem spanischen Bürgerkrieg gegenüber das Volksfrontkabinett beinahe gestürzt wurde, geht ihr Einfluß bei den breiten Massen sichtlich zurück; wer hätte es je für möglich gehalten, daß sie dem Verbot der Freiwilligenwerbung für den „Frente popular“ je zustimmen würden, welches dabei auch ihre Hintergedanken sein mögen? Es hängt damit die Tatsache zusammen, daß das russische Sowjetparadies gegenwärtig, um mit Kabelais zu reden, eine böse Viertelstunde erlebt: Ein Begeisterter nach dem andern reißt nach Moskau, sieht sich im Paradiese um — und kommt als schwer Enttäuschter zurück. Nach André Gide der „proletarische Dichter“ Céline. Nach dem nordfranzösischen Grubenarbeiter Legay, dem man das Reden verboten hat, der „Kamerad“ Yvon. So zwar, daß es in einem Sitzungsbericht des Comité exécutif, verfaßt vom kommunistischen Generalsekretär Thorez, wörtlich heißt: „Zahlreiche Delegationen sind aus Rußland zurückgekehrt und schicken sich an, Konferenzen abzuhalten, um den Kameraden ihre Eindrücke mitzuteilen. Wir hören aus diesen Konferenzen eine herbe Kritik gegen die Sowjets. Wir haben daher in aller Eile den Exekutiv-ausschuß der Partei einberufen, um die Konferenzen zu unterdrücken. Der Ausschuß hat Sekretäre bezeichnet, die in den verschiedenen Regionen Frankreichs ein Resumé der Studienreisen verbreiten sollen. Die Pariser Region nahm diesen Entscheid gehorsam an, aber in gewissen Provinzkreisen ist die Unzufriedenheit groß, und die Sekretäre selber drohen mit Demission. . .“

Dieser kurze Text spricht Bände. Der französische Arbeiter hört zum ersten Mal von seinesgleichen, was schon der englische Gewerkschaftsführer Citrine nach seiner Rußlandreise sagte: Daß der Sowjetarbeiter zum mindesten ebenso „rechtlos“ ist wie sein Kamerad unter dem kapitalistischen Regime, und daß sein Lebensstandard unter dem eines englischen oder französischen Arbeiters liegt. Mit dem „gelobten Land“ ist es also zu Ende. Daher verhalten sich die kommunistischen Parteipolitiker in Frankreich gegenwärtig so still, daher werden sie so „national“, daher geht in der „Humanité“ von der „wahren Heimat aller Proletarier“ keine Rede mehr. In diesen Tagen findet übrigens ein kommunistischer Landeskongreß statt, auf dem die kritische Lage geprüft werden soll; man erwartet neue Parolen aus Moskau, und wichtige Entscheidungen über die zukünftige Parteitaktik in der französischen Innenpolitik. Der Ministerpräsident Léon Blum hat sich durch sein Wort, er werde nicht gegen die Kommunisten regieren, die Hände gebunden: damals stellten die Kommunisten tatsächlich die lebendige, treibende Kraft in der Volksfront dar, die ohne sie nicht denkbar war. Heute hat sich die Lage wesentlich geändert. Alle Teilwahlen beweisen, daß die Kommunisten in Frankreich stark an Boden verlieren. Ihre Macht ist die der Volksfront. Eine Abspaltung würde ihre Ohnmacht sofort offenbaren.

Die Krisis hat übrigens auch auf die Sozialisten übergegriffen, wie die Ersatzwahl in Lapalisse bewies. Dort unterlag bei den Maiwahlen der ehemalige radikale Minister Lamoureux einem sozialistischen Bewerber namens Barbier; Lamoureux zog sich der Volksfrontparole getreu in der Stichwahl zurück. Vor einiger Zeit reichte Barbier seine Entlassung ein, und an seine Stelle trat der Sozialist Küclin. Diesmal gewann Lamoureux einen kleinen Vorsprung, so daß sich im zweiten Wahlgang alle Volksfrontstimmen auf seinen Namen hätten vereinigen

müssen. So bestimmte auch die C. U. P., die zentrale sozialistische Parteinstanz. Aber die sozialistische Ortsgruppe war mit dieser Entscheidung nicht einverstanden. Der ehemalige Doumergue-Minister Lamoureux erschien ihr nicht zuverlässig genug, und sie stellte für die Stichwahl einen anderen sozialistischen Kandidaten auf namens Desormière. Mit den Radikalen stimmte die gesamte Rechte und ein kleiner Teil der Sozialisten für Lamoureux, der als Sieger hervorging: der Riß zwischen der sozialistischen Parteileitung und den „Militanten“ in der Provinz erschien offenkundig. — Im „Populaire“ selber, sowie in einer oppositionellen Wochenschrift, „La Vague“, bekämpft der linkssozialistische Flügel unter der Führung von Marcéau Pivert die gesamte innere und äußere Politik des Kabinetts Blum. Es sind die „Jungtürken“ des Sozialismus, die nichts von Rüstungen, von Imperialismus und „Union sacrée“ wissen wollen. Sie predigen den Klassenkampf und fordern den „Kameraden Blum“ auf, entweder eine „proletarische“ Regierungspolitik zu treiben oder abzutreten. Diese revolutionäre Richtung im französischen Sozialismus stützt sich im wesentlichen auf Gewerkschafts- und Beamtenkreise. Wir wollen ihre Bedeutung nicht überschätzen, doch trägt sie gewiß nicht zur Stärkung der Volksfront bei.

Schließen wir mit einem kurzen Blick auf die französische Außenpolitik, in deren Mittelpunkt nach wie vor das alles beherrschende spanische Problem steht. Die dauernden Gesetze der französischen Sicherheit und Weltmachtstellung zwingen zur strikten Neutralität. Denn wie immer die Würfel in der unglücklichen Halbinsel fallen mögen — Frankreich ist auf die Freundschaft der dortigen Machthaber angewiesen, heißen sie Franco oder Caballero: ein spanischer Sowjetstaat erscheint übrigens den französischen Interessen ebenso zuwider wie eine ausgesprochene faschistische Diktatur. Um den einen wie die andere zu vermeiden, gibt es nur einen Weg, den der Nichteinmischung. Regierung und Kammer sind ihn bis jetzt gegangen, trotz der gewaltigen innerpolitischen Widerstände. So hat sich auch die lebensnotwendige Solidarität mit England aufrecht erhalten lassen, ob schon das Einzelgängertum des Londoner Kabinetts in der Freiwilligenfrage in Paris viel böses Blut erzeugt hat. Immerhin konnte in dieser Angelegenheit das Kabinett Blum einen Kammer Sieg mit 591:0 verzeichnen, und im sozialistischen „Populaire“ erschien über sieben Spalten eine zentimeterhohe Schlagzeile: „Die Kammer hat für den Frieden gestimmt.“ Der „Temps“ schrieb, in der ganzen Nichteinmischungsfrage sei bis jetzt viel offizielle Heuchelei getrieben worden, aber diese Heuchelei sei wohl nötig gewesen zur Erhaltung des Friedens. Man könnte antworten, um einen Frieden, der nur durch Heuchelei gesichert werden könne, sei es gewiß nicht zum Besten bestellt, und es wäre doch wohl zu wünschen, die Heuchelei möchte allseitig aufhören. Daß dies trotz des Kammerentscheids nicht der Fall sein wird, erhellt aus einem Bericht der kommunistischen „Humanité“ über die Rede des Generalsekretärs der C. G. T., Léon Jouhaux, auf der „Internationalen Konferenz zur Hilfeleistung für das republikanische Spanien“ zwei Tage nach der Kammerabstimmung: „Eine demonstrative Aktion des französischen Volkes, das seinen spanischen Brüdern zu Hilfe kommen will, muß auf breiter Grundlage organisiert werden,“ rief Jouhaux aus. „Dies wird den Reaktionären zeigen, daß die Mehrheit der Franzosen den Triumph der spanischen Republik will. Alle Demokraten Frankreichs müssen sich zum Siege der spanischen Republikaner vereinigen. Der Sieg des Frente Popular ist unser Sieg!“ Nachher sprach die „Madrecita“, wohl die pathetische Nachfolgerin der toten „Passionaria“, und die Konferenz ging im gleichen Tone weiter: wo ist da bei den treibenden Kräften der Volksfront der Wille zur Neutralität?

Nicht minder groß sind die Schwierigkeiten, die sich der allgemeinen Außenpolitik der Regierung Blum entgegenstellen. So etwa schuf der dreitägige Alarm vom 8., 9. und 10. Januar wohl eine der gefährlichsten Situationen, die man seit dem Ruhrkampf in Europa erlebt hat. „Ich fühlte deutlich den Flügel-

schlag des Krieges!“ erklärte der sozialistische Abgeordnete Frossard in den Wandelgängen der Kammer. Wo sitzen die Urheber dieser ungeheuerlichen Pressekampagne? Aus welcher geheimen Zentrale stammten alle jene Hiobsposten? Warum wurde dem ganzen Feldzug nicht gleich Einhalt geboten? „Ich will eine Antwort auf diese Fragen,“ rief Frossard aus, „denn ich habe einen Sohn unter den Fahnen!“ Dem Kriegsminister Daladier, der eben vorbeiging, soll dabei das Wort entschlüpft sein: „Voyez Moscou!“ So wie man bei rätselhaften menschlichen Verwicklungen zu sagen pflegt: „Cherchez la femme!“ Der ganze Zwischenfall ist jedenfalls ein Beweis dafür, welche unterirdischen Mächte in Erscheinung treten, sobald ernsthaft von einer deutsch-französischen Verständigung die Rede geht. Denn darum handelte es sich in den letzten Wochen, und darum wird es sich in einer nächsten Zukunft handeln. Denn es gibt keinen andern Weg zum Frieden. Léon Blum wird ihn gehen müssen, genau wie Laval. Alle europäischen „Achsen“ sind morsch und hinfällig, solange nicht die Tragbrücke über den Rhein gebaut ist. Bis dahin, das hat der letzte Alarm gelehrt, müssen die Brandstifter aufs schärfste überwacht werden!

Paris, 19. Januar 1937.

Alfons Pütz.

Wehrpolitische Rundschau

Die schweizerische Armee im Jahre 1937.

Das Jahr 1937 bildet für unsere Armee das Jahr des Überganges. Noch lebt die Armee zur Hauptsache im Rahmen der Truppenordnung von 1925, aber in vielen Punkten zeichnet sich bereits die neue Truppenordnung ab, die auf das nächste Jahresende in vollem Umfange eingeführt wird. Den Anfang machen die leichten Truppen, die bereits auf den 1. April dieses Jahres auf Grund der neuen Truppenordnung organisiert werden und ihre diesjährigen Wiederholungskurse also bereits in der neuen Organisation absolvieren im Rahmen leichter Brigaden, Aufklärungsabteilungen der Divisionen und Verbindungsdetachements der Divisionen. Ihnen folgen die drei Funkerkompagnien, die während ihrer diesjährigen Wiederholungskurse geteilt werden, so daß wir dieses Jahr schon die vorgesehenen sechs Kompagnien erhalten. Auch bei den Rommandobesezungen machten sich bereits die neuen Bestimmungen geltend. Vereinzelt haben wir bereits Bataillone, die von Oberstleutnants und Regimentern, die von Obersten kommandiert werden.

Bereits in den ersten Januartagen hat schon wieder das gewohnte militärische Leben eingesetzt. Es gilt wahrlich die Zeit zu nützen, sollen doch im Laufe des Jahres 20 535 junge Männer zu Soldaten ausgebildet und erzogen werden, während 134 000 Mann im Auszug und 14 500 Landwehrsoldaten ihren Wiederholungskurs bestehen müssen und gegen 9000 Mann durch die verschiedenen Kadefschulen und Kurse gehen sollen zur Ausbildung und Weiterbildung als Offiziere, Unteroffiziere oder Spezialisten. Die Zahl der wiederholungspflichtigen Mannschaft im Auszug ist wiederum relativ gering, weil auch in diesem Jahr nur die sechs Jahrgänge 1910 und 1912 bis 1916 zum Wiederholungskurs einrücken. Bei der Zahl der Rekruten des Jahrganges 1917 macht sich deutlich der Geburtenausfall während der Kriegsjahre geltend.

Die Wiederholungskurse werden in der 1. und 3. Division als große Manöverwiederholungskurse durchgeführt, wobei jeweils noch ein Landwehrregiment, eine leichte Brigade und weitere Armeetruppen zugeteilt sind. Die 4. und 5. Division